

© RZ Koblenz

Hintergrund

Straßenausbaubeiträge: Die Regelung in den verschiedenen Bundesländern

Bundesland Regierung Aktuell geltende Regelung Erläuterungen und Besonderheiten

Baden-Württemberg CDU-Grüne Beiträge sind im Gesetz nicht vorgesehen
Anliegerbeiträge wurden noch nie erhoben

Bayern CSU-Freie Wähler Abschaffung rückwirkend zum 1. Januar 2018
Anliegeranteil durch Land übernommen

Berlin SPD, Linke, Grüne Anliegerbeiträge 2008 eingeführt, 2012 abgeschafft
Geringe Einnahmen und starke Proteste

Brandenburg SPD-Linke Sollen-Formulierung Regierungskoalition prüft Abschaffung

Bremen SPD-Grüne Sollen-Formulierung ---

Hamburg SPD-Grüne Ausbaubeiträge 2016 abgeschafft Stadtstaat; fast nur Durchgangsstraßen

Hessen CDU-Grüne Können-Formulierung, Ratenzahlung (20 Jahre), möglich
SPD für komplette Abschaffung

Mecklenburg-Vorpommern SPD-CDU Abschaffung zum 1. Januar 2020
Erhöhung Grunderwerbsteuer auf 6 Prozent

Niedersachsen SPD-CDU Können-Formulierung CDU für Abschaffung, SPD für Senkung

Nordrhein-Westfalen CDU-FDP Sollen-Formulierung SPD will Abschaffung

Rheinland-Pfalz SPD, FDP, Grüne Können-Formulierung, wiederkehrende
Beiträge möglich CDU und AfD fordern Abschaffung

Saarland CDU-SPD Können-Formulierung ---

Sachsen CDU-SPD Können-Formulierung ---

Sachsen-Anhalt CDU-SPD Erhebung verpflichtend Linke und Grüne für
Abschaffung

Schleswig-Holstein CDU, FDP, Grüne Sollen-Formulierung 6 Prozent der
Gemeinden ohne Beiträge

Thüringen Linke, SPD, Grüne Sollen-Formulierung, wiederkehrende Beiträge
möglich Linke will Beiträge abschaffen

Sollen-Formulierung: Im Kommunalabgabegesetz ist festgehalten, dass die
Kommunen Straßenausbaubeiträge erheben sollen.

Können-Formulierung: Im Kommunalabgabegesetz ist festgehalten, dass die
Kommunen Straßenausbaubeiträge erheben können.

RZ Rhein-Lahn-Kreis (West) Bad Ems vom Samstag, 22. Dezember 2018, Seite 3